Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7501**

14. Wahlperiode 14. 11. 2001

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Rainer Funke, Dr. Hermann Otto Solms, Hildebrecht Braun (Augsburg), Ulrike Flach, Klaus Haupt, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Dirk Niebel, Günther Friedrich Nolting, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung – Drucksachen 14/7034, 14/7090, 14/7477 –

Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag lehnt das Gesetz zur Regelung von öffentlichen Angeboten zum Erwerb von Wertpapieren und von Unternehmensübernahmen ab.

Begründung

Unternehmensübernahmen können den Strukturwandel in der Wirtschaft beschleunigen. Daraus ergeben sich Chancen für das einzelne Unternehmen, die Arbeitsplätze und den Kapitalmarkt. Das Übernahmegesetz in der vorliegenden Fassung bedeutet nicht nur für Deutschland, sondern auch für die Europäische Union einen großen Rückschritt. Einheitliche liberale Regeln für grenzüberschreitende Unternehmensübernahmen wird es vorläufig nicht geben.

Die Möglichkeit der Verhinderung von Übernahmen durch Vorratsbeschlüsse der Hauptversammlung ist eine Bevormundung der Aktionäre durch Vorstand und Aufsichtsrat. Noch weiter geht die Regelung, dem Vorstand schon dann Abwehrmaßnahmen gegen eine Übernahme zu erlauben, wenn ausschließlich der Aufsichtsrat zugestimmt hat. Auf diese Weise wird den Aktionären jedes Mitspracherecht entzogen.

Der Deutsche Bundestag lehnt das Übernahmegesetz ab, weil es restriktiv und für den Finanzplatz Deutschland schädlich ist.

Berlin, den 14. November 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333